

Dringlichkeitsantrag 1

der Abgeordneten **Horst Arnold, Florian von Brunn, Inge Aures, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Annette Karl, Ruth Müller, Florian Ritter** und **Fraktion (SPD)**

"Zukunftskonzept ÖPNV 2030" für Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die bayerische Staatsregierung wird aufgefordert,

ein "Zukunftskonzept ÖPNV 2030" zu erarbeiten und dem Landtag vorzulegen, das aufzeigt, wie eine echte, erfolgreiche Verkehrswende in Bayern - weg vom motorisierten Individualverkehr, hin zu ÖPNV und SPNV - gelingt.

In diesem Konzept soll die Staatsregierung konkrete Ziele für den bayerischen ÖPNV und SPNV bis zum Jahr 2030 formulieren, die bis dahin nötigen Schritte definieren und entsprechende Investitionen und Verfahren vorschlagen. Das Zukunftskonzept soll unter anderem beinhalten:

- Eine Abdeckung von ganz Bayern durch Verkehrsverbünde. Bestehende Verbünde sollen massiv erweitert, neue gegründet werden. Langfristiges Ziel soll ein landesweiter Verkehrsverbund sein - mit aufeinander abgestimmten Verbindungen, einem Ticketsystem, flexiblen Verkehrslösungen und digitaler Unterstützung bei Information und Koordination.
- Eine verlässlicher und nutzerfreundlicher Takt, analog zum "Schweizer Modell" von und zu allen bayerischen Orten ab 1000 Einwohnern mindestens im Stundentakt in beide Richtungen. In kleineren Kommunen und ländlichen Regionen soll es flächendeckende Rufbussysteme mit Kleinbussen bzw. Großtaxis geben, die flexibel nach Bedarf fahren. Alle S-Bahnen in Bayern sollen mindestens im 20-Minuten-Takt fahren.
- Nutzerfreundliche, attraktive und sozialverträgliche Preise wie das von der CSU im Landtagswahlprogramm 2018 versprochene 365-Euro-Ticket für ganz Bayern. Der ÖPNV soll darüber hinaus für SchülerInnen, Auszubildende, SeniorInnen und Bedürftige (bis zu einem bestimmten Netto-Haushaltseinkommen) kostenlos sein.
- Eine Bündelung und Reform der Aufgaben- und Finanzverantwortung des bayerischen ÖPNV, damit Finanzierung und Organisation programm- und ministerienübergreifend koordiniert werden können.

Begründung:

Die ÖPNV-Politik in Bayern hat kein langfristiges Ziel und kein Konzept. Die Ambitionen der Staatsregierung in diesem Politikfeld beschränken sich auf die Unterstützung einzelner medienwirksamer Projekte, auf die Einberufung von Gipfeln ohne konkrete Zieldefinitionen (zuletzt zusammen mit Vertretern der Kommunalen Spitzenverbände, Vertreter von Kommunen und Verbänden), sowie auf aufwendigen und wenig zielorientierten Verwaltungsvollzug. Was fehlt, sind ambitionierte Ziele, die die Staatsregierung abarbeiten und erreichen will. Wo will die Staatsregierung mittel- und langfristig hin mit dem bayerischen ÖPNV? Was ist sie bereit, dafür zu investieren? Diese Fragen soll die Staatsregierung mit dem beantragten "Zukunftskonzept" beantworten.

Die Menschen in Bayern werden immer mobiler, die Zahl der Pendlerinnen und Pendler nimmt zu. Auch in der Freizeit steigt die Mobilität an. Die Zahl der PKW-Anmeldungen stieg in den letzten 10 Jahren um 10%. Zudem werden die PKW größer und verbrauchen mehr Kraftstoffe. Der Schadstoff-Ausstoß wächst also, gleichzeitig kommt es besonders in den Metropolen zu zunehmender Konkurrenz um den Platz. Da, wo der ÖPNV attraktiv ist, verzichten die Menschen in Bayern bereits auf ein Auto. Dies gilt aber nur für die bayerischen Metropolen. Abseits davon, in kleineren Städten und im ländlichen Raum, gibt es leider keine passenden Alternativen zum Auto fürs Pendeln, Einkaufen und für die Freizeit. Bayern ist eines der wenigen deutschen Bundesländer, die "weiße Flecken" bei der Abdeckung durch Verkehrsverbände aufweisen. Noch dazu sind viele bayerische Verkehrsverbände sehr kleinteilig und ohne Anbindung an den SPNV und somit nur sehr begrenzt attraktiv. Je besser das Angebot wäre, desto mehr Menschen könnten zu der grundsätzlichen Verhaltensänderung bewegt werden, das Auto stehen zu lassen und das ÖPNV-Netz zu nutzen.

In Bayern wächst der Anteil des ÖPNV und SPNV nicht am Mobilitätsaufkommen nicht, sondern ist über die Jahrzehnte rückläufig. Die auf Initiative der SPD hin eingerichtete Enquetekommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ des Landtags hat in ihrem Abschlussbericht von Januar 2018 aufgezeigt, dass in Bayern zwischen 1949 und 1995 insgesamt 156 Bahnstrecken und über 1.100 Bahnhöfe und Stationen stillgelegt wurden. Gleichzeitig ist die Schiene aber aus Sicht der Enquetekommission weiter das Rückgrat des öffentlichen Verkehrs, vor allem im ländlichen Raum. Für die Erreichung von gleichwertigen Lebensverhältnissen und einer Stärkung der abgehängten ländlichen Räume in Bayern ist der Ausbau der Infrastruktur auf dem Land nötig. Dazu gehört ganz wesentlich die Ertüchtigung und der Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Schieneninfrastruktur.

Der Verkehrssektor ist in Bayern außerdem einer der Hauptverursacher von klimaschädlichen Treibhausgasen (THG). Die Emissionen stiegen in letzter Zeit sogar leicht an. Die Einsparung von Treibhausgasen, um den Klimawandel abzubremsen, ist ohne eine radikale Verkehrswende nicht zu schaffen.